

nicht haben, weil die ökonomischen Voraussetzungen dafür fehlen.

Die russische Sozialdemokratie hat von jeher mit einer Entwicklung, wie sie auf dem Lande in Russland vorgegangen ist, gerechnet. So blieb es in dem Agrarprogramm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands nach den Beschlüssen des zweiten Kongresses, es würde die Abschaffung aller Gesetze gefordert, die die Bauern hinderten, über ihren Grund und Boden frei zu verfügen, und die Einführung von Bauernkomitees behufs Klärung der Verhältnisse an die Bauern sei nötig, der ihnen bei der Befreiung zugunsten der Gutsbesitzer entzogen worden sei.

Bald nach Ausbruch der Revolution in Russland im Jahre 1917 hat der Verfasser dieser Zeilen die russischen Agrarverhältnisse einer sehr eingehenden Betrachtung unterzogen, und er hat in der Neuen Zeit (Nr. 10, 35. Jahrgang, 2. Band) darauf hingewiesen, daß die Bauern in Russland nicht darauf ausgingen, den Sozialismus auf dem Lande einzuführen. Sie wollten mehr Land und über ihr Eigentum möglichst frei verfügen. Es würden auch erst moderne bürgerliche Eigentumsverhältnisse allgemein auf dem Lande in Russland eintreten. Es sei das der natürliche Weg der Entwicklung, der freilich auch in kurzer Frist zurückgelegt werden könne, aber er müsse zur gewaltigen Steigerung der Produktivität der Arbeit befristet werden. Ganz allgemein den Grund und Boden zu vergesellschaften, wäre verfehlt, da zuerst eine weitgehende Industrialisierung die Landwirtschaft hoch bringen würde. Als die Bolschewiki im Herbst 1917 die politische Macht erobert hatten, machte man sich freilich in Deutschland (und auch in Leipzig) höchst unpopulär, wenn man solche Gedanken aussprach. Damals glaubten alle diejenigen, die keine tiefsten ökonomischen und politischen Kenntnisse hatten, es werde in Russland mit Bolldampf in den Sozialismus gehen. Es sind das dieselben Kreise, die jetzt jeden als Reformisten oder gar als Gegenrevolutionär bezeichnen, der nicht unbedenkt die Bedingungen und Leitfäden der 3. Internationale annimmt.

Ganz anders als in Russland liegen die Dinge in Deutschland. Hier haben wir die hochentwickelteste Industrie. Unsere Wirtschaft hat bereits einen ganz andern Weg zurückgelegt als die russische, und deshalb muß auch hier zur Agrarfrage eine andre Stellung eingenommen werden.

Wie sind in Deutschland die Besitzverhältnisse auf dem Lande? Aufschluß darüber gibt uns die Betriebszählung vom Jahre 1907. Wenn auch Veränderungen seit jener Zeit vorgekommen sind, so können jene Feststellungen immer noch verwandt werden. So betrug die Zahl der Betriebe mit landwirtschaftlich benutzter Fläche im Jahre 1907:

	unter 2 Hektar	2-5	5-20	20-100	100 und darüber
Preußen	2 100 977	520 913	584 100	175 976	19 117
Bayern	241 642	162 431	224 640	40 668	535
Sachsen	100 517	26 904	37 090	8 573	744
Württemberg	167 878	83 752	56 372	6 710	117
Baden	153 635	67 977	36 352	2 067	119
Hessen	93 132	27 820	24 469	1 444	113
Westeinberg-Schwarzburg	74 712	8 482	7 129	5 991	1 320
Sachs.-Weimar	22 351	6 053	10 736	1 589	159
Westeinberg-Sachsen	14 891	826	821	1 008	219
Sachsen-Anhalt	35 787	13 014	12 273	4 318	82
Braunschweig	48 906	5 029	6 211	2 089	195

Es sind hier nur die größten Staaten herangezogen. Sie genügen zu unseren Betrachtungen. Nach den Thesen der 3. Internationale käme vor allem eine Aufteilung des Großgrundbesitzes in Süddeutschland in Frage. Hier sind Großbetriebe nur in geringer Zahl vorhanden. Die Grundstücke über 100 Hektar (in Württemberg sind es 117, in Baden 119, in Hessen 113) würden bei weitem nicht ausreichen. Es müßte auf die nächste Stufe zurückgegriffen werden und da würden die Betriebe von 50-100 Hektar in Betracht kommen. Doch auch sie stehen nicht in großer Zahl zur Verfügung. Ihre Aufteilung würde ökonomisch gar nicht zu rechtfertigen sein. In diesen Betrieben kommen bereits eine Anzahl Maschinen zur Verwendung. Sie sind zum Teil recht leistungsfähig, wenn sie auch noch lange nicht technisch vollkommen ausgebaut sind. Sie aufstellen, hieße sie technisch herunterbringen und die Ernährung gefährden. Ihre Besitzer würden in die härteste Opposition zur Revolution treten. Dazu kommt, daß nur ein geringer Teil der Kleinbauern mehr Land bekommen könnte. Der größere Teil, der leer ausginge, würde natürlich nicht für die Revolution gewonnen werden, und auch rebellieren. Diejenigen, die zu mehr Land gekommen wären, würden wohl nichts gegen die Revolution unternehmen, aber für den Sozialismus wären sie nicht gewonnen.

Die Vermehrung des bäuerlichen Privateigentums hat mit Sozialismus nichts zu tun. In einem Lande, wo der Kapitalismus am Ende ist und wo der Sozialismus kommen muß, darf sie unter keinen Umständen eintreten. Die Millionen Kleinbauern in Deutschland, die auf Parzellen unter 2 Hektar sitzen (nach der Betriebszählung vom Jahre 1907 handelt es sich um 3 378 509 Betriebe), werden für die Revolution auch ohne das Versprechen, ihnen mehr Land zu geben, gewonnen werden. Die unhaltbaren wirtschaftlichen Verhältnisse machen sie revolutionär, denn sie stehen unter ihnen genau so wie die Lohnarbeiter.

Den deutschen Kommunisten ist es bisher auch nicht eingefallen, den Kleinbauern mehr Land in Aussicht zu stellen. Ihr Agrarprogramm, das im Vorjahr zum Vorschein gekommen ist, enthält kein Wort darüber! Es heißt darin: „Das Privateigentum des Kleinbauern an Land und Arbeitsmitteln bleibt unangetastet. Er erhält das bisher von ihm bewirtschaftete Land zur freien Verfügung überwiehen.“ Also von mehr Land ist keine Rede. Das Agrarprogramm der deutschen Kommunisten jah vielmehr die Erhaltung der Großbetriebe und ihre genossenschaftliche Bewirtschaftung vor. Jetzt werden sie es wahrscheinlich zum alten Eisen geworfen haben, denn sie sind angeklommen an die 3. Internationale, deren Bedingungen und Leitfäden grundsätzlich anerkannt werden müssen, da sonst der Ausschluß erfolgt.

Was die deutschen Kommunisten tun, soll ihnen überlassen bleiben. Sie haben ja bisher eine Politik betrieben, die sich im Zeitablauf bewerte. Die Unabhängige Sozialdemokratie kann die Bedingungen und Leitfäden in der vorgelegten Form nicht schuldern. Die russische Schablone paßt nicht für alle Länder, da in jedem Lande die ökonomischen und politischen Zustände anders sind. So dringend nötig wir eine machtvolle revolutionäre Internationale der Tat gerade für die allernächste Zeit brauchen, so erforderlich eine möglichst geschlossene organisatorische Einheit aller revolutionären Parteien ist, so muß man doch der Bewegung eines jeden Landes ein bestimmtes Maß von Selbstbestimmung

und Selbstentscheidung lassen, und man kann von keinem Marxisten verlangen, daß er für Leitfäden ist, die statt Sozialismus eine Vergrößerung des bäuerlichen Privateigentums vorsehen. Eine Revolution, die unter dieser Devise zum Siege gelangt, führt uns nicht zum Sozialismus. In Deutschland erreichen wir den Sozialismus nur, wenn die große Mehrheit der Hand- und Kopfarbeiter in Stadt und Land bereit und imstande sind, den Sozialismus durchzuführen. Dann gelangt es ihr, die politische Macht zu erobern, die Bewaffnung der Arbeiterklasse durchzuführen und die Bourgeoisie sowie die Großgrundbesitzer, (und im Notfalle auch die Mittel- und Großbauern!) niederzuhalten. Ehe die Mehrheit des deutschen Proletariats soweit nicht ist, kommen wir nicht zum Sozialismus.

Für oder gegen die Bedingungen.

Von V. Stern.

Genosse Hilferding verlangt wohl in Uebereinstimmung mit den meisten andern Gegnern der Annahme der Bedingungen, daß die Fragestellung nicht lauten solle, für oder gegen die dritte Internationale, sondern für oder gegen diese Bedingungen. Wir können damit durchaus einverstanden sein. Es ist zwar klar, daß wir durch die Ablehnung dieser Bedingungen den Anschluß an die dritte Internationale verhindern, daß wir dadurch international isoliert werden, da doch niemand von uns etwa in die zweite Internationale wird gehen wollen, die Gründung einer vierten aber ein völlig aussichtsloses Beginnen wäre, aber dennoch müssen wir uns die Bedingungen selbst ansehen. Wenn die Bedingungen für uns tatsächlich unannehmbar oder schädlich wären, dann würde eben die Verantwortung dafür, daß wir uns der dritten Internationale nicht anschließen, auf diese fallen.

Die Bedingungen sind erfreulicherweise klar und scharf, ja hart. Wir haben keine Ursache, sie als milder hinzustellen, als sie tatsächlich sind. Das darf uns aber nicht hindern, die Uebersetzungen zurückzuweisen, die von der Gegenseite vorgenommen werden, um die Mitglieder von der Annahme abzuschrecken. Es steht nirgends in den Bedingungen, daß die Zentrale der Partei einer illegalen Zentrale unterzuordnen ist. Es ist nicht wahr, daß die besonderen Verhältnisse jeden Landes nicht berücksichtigt werden, es steht in der Bedingung 16 vielmehr ausdrücklich darin, daß sie berücksichtigt werden müssen. Es ist nicht wahr, daß von uns verlangt wird, wir sollten uns einer Bonzenblutart fügen und auf jede Selbstständigkeit und geistiges Leben verzichten. Verlangt wird ausdrücklich demokratischer Zentralismus, Wahl der Führer von unten her, Notwendigkeit des Vertrauens der Massen zu den Führern, also jederzeitige Überprüfbarkeit, aber auch eiserne Disziplin und Unterordnung unter die selbstgewählte Führung, so lange sie unser Vertrauen hat. Auch die Spaltung der Gewerkschaften wird nicht verlangt, im Gegenteil intensiver Arbeit in den Gewerkschaften. Nur die Amsterdamer Internationale soll mit Recht gespalten werden, da sie den Kapitalismus stützt. Es ist schließlich eine durch nichts begründbare Erfindung, wenn sogar gesagt wird, es werde von uns der Krieg mit der Entente verlangt. Nicht ein Wort davon ist in den Bedingungen und Leitfäden zu finden. Wir hätten es übrigens leicht gehabt, über alle strittigen Punkte eine authentische Auslegung zu erhalten. Es war beantragt worden, einen Vertreter der dritten Internationale zum Parteitag zu laden, damit er die nötigen Auskünfte erteilen kann. Das ist von der Parteileitung gegen die Stimmen des linken Flügel abgelehnt worden, weil es „unwürdig“ sei, die Internationale, die uns solche Bedingungen stellt, zu laden.

Aber wir wollen, wie gesagt, die Bedingungen nicht abschwächen. Sie sind so zu erfüllen, wie sie da stehen, wenn auch nicht so, wie sie die Gegner des Anschlusses auslegen. Sie verlangen von uns nur das, was wir aus zahllosen Erfahrungen bitterster Art selbst als notwendig erkannt haben, nämlich völliger Bruch mit allem Opportunismus und jeder Halbheit, Schaffung einer einheitlichen Partei, die nicht durch den Zwiespalt im Innern gespalten und aktionsunfähig gemacht wird, eiserne Disziplin, wie sie im Kampfe unerlässlich ist, will man nicht unterliegen, Anerkennung der Beschlüsse der Internationale (nicht Lenins und Trotskis), in der auch wir vertreten sind, als bindend, weil sonst die Internationale zum wertlosen Diskussionsklub, zur Reueauslage der zweiten Internationale wird, Ausschluß aller derjenigen, die nicht grundsätzlich auf dem Boden der Partei, auf dem Boden der radikalsten Diktatur stehen. Diese Bedingungen sind trotz ihrer Selbstverständlichkeit hart und schwer, aber notwendig und unerlässlich. Der wirtschaftliche Zusammenbruch des Kapitalismus, der täglich neue Arbeiter auf die Straße wirft, erzwingt mit Notwendigkeit das Kommen des Kampfes. Die Massen, die zum Kampfe stürmen, werden eine Partei brauchen, die einheitlich genug ist, um sie nicht schwankend, sondern festen Schrittes zu führen, und nach dem Siege wird erst recht die radikalste Energie notwendig sein, um zu verhindern, daß die soziale Revolution nicht zu einem Chaos statt zum Sozialismus führe. Das ist in dem kompliziertesten Industriestaat Deutschland noch viel, viel notwendiger als in Russland.

Es wird gesagt, daß die Annahme der Bedingungen zur Spaltung und Zersplitterung des Proletariats beiträgt. In Wahrheit verlangen die Bedingungen das Gegenteil, die Einigung aller revolutionären Arbeiter in einer einzigen Sektion der Internationale, eine Einigung, die schon längst am Platze gewesen wäre. Es ist auch lächerlich zu sagen, wir müßten ins Joch der KPD. Wenn wir die Bedingungen annehmen, müssen wir mit der KPD zu einer Partei verdammen, wobei wir den Vorteil der größeren Masse mitbringen, der mehr wiegt als die frühere Namensänderung.

Es wird schließlich auf die Haltung der Russen in der Agrarfrage und auf die Verschleidenheit der Verhältnisse hier und dort hingewiesen. Eigentlich kommt es nicht darauf an, was die Russen getan haben, sondern darauf, was von uns verlangt wird. Von uns wird nicht die Aufstellung des Großgrundbesitzes verlangt. In Russland konnten die Bolschewiki diese Aufteilung, welche die Bauern ohne zu fragen selbst mit Gewalt vor dem Siege des Proletariats vorgenommen hätten, einfach nicht rückgängig machen. Siegt die Revolution auch in andern Staaten, so daß sie in Russland nicht mehr gefährdet ist, so wird das nachgeholt werden können. Die geforderte Grundfrage dafür ist bereits geschaffen, da in Russland alles Land laut Gesetz dem Staat gehört und den Bauern nur zur Nutzung übergeben ist. Was aber die Verschleidenheit der Verhältnisse betrifft, so ändert sich nichts an der Tatsache, daß gerade in den Fragen, welche die Leitfäden der dritten Internationale behandeln, Uebereinstimmung besteht. Sonst hätten doch Triplicien und Dittmann nicht in Moskau erklären können, daß sie mit den Grundfragen einverstanden sind. Selbst also nur die Behauptung, daß die straffe Disziplin hier nicht mäßig sei, weil die Arbeiter hier zu intelligent sind. Das fauen dieselben, die immer behaupten, die Massen seien noch nicht reif. In Wahrheit ist eine Disziplin bekanntlich um so leichter zu verwirklichen, je intelligenter das Material ist.

Es gibt nur ein Mittel, um zu einer klaren und richtigen Entscheidung zu kommen: Die Verhältnisse in und um Deutschland zu betrachten und dann die Bedingungen selbst aufmerksam zu lesen. Dann kann die Wahl für den denkenden Arbeiter nicht zweifelhaft sein.

Zu diesem Artikel haben wir folgendes zu bemerken:

Es ist ein starkes Stück zu behaupten, es steh nirgends in den Bedingungen, daß die Zentrale der Partei einer illegalen Zentrale untergeordnet ist. In den Thesen des zweiten Kongresses der kommunistischen Internationale über „Kommunistische Partei und proletarische Revolution“ — diese Thesen sind nach den Bedingungen bekanntlich ebenso unweigerlich zu befolgen wie die Aufnahmegesetze selbst — steht in Punkt 17: „In den Ländern, wo noch die Bourgeoisie oder die gegenrevolu-

tionäre Sozialdemokratie an der Macht ist, müssen die kommunistischen Parteien es lernen, die legale Tätigkeit planmäßig mit der illegalen zu kombinieren. Dabei muß sich die legale Arbeit stets unter der tatsächlichen Kontrolle der illegalen Partei befinden...“

Wir sind neugierig, mit welchen talmudistischen Auslegungen die klare Sinn dieser Bestimmung verdreht werden könnte!

Es steht allerdings in den Bedingungen selbst, daß die besonderen Verhältnisse jedes Landes berücksichtigt werden sollen. Wir haben indes hier mehrfach eingehend nachgewiesen, daß diese Bestimmung bei dem Uebergewicht der Russen im Exekutivkomitee usw. lediglich eine wertlose Dekoration ist. Auf diese unsere wiederholten Darlegungen einzugehen unterläßt Stern vorlichtigerweise.

Was für einen Wert die Wahl der Führer und ihre jederzeitige Überprüfbarkeit haben, wenn die Führerschaft es in der Hand hat, durch periodische Reinigungen alle jene auszuschließen, die nicht ihrer Meinung sind, haben wir auch mehrfach dargelegt.

Daß die Spaltung der Amsterdamer Internationale auch die Gefahr einer Spaltung der Gewerkschaften im nationalen Rahmen mit sich bringt, liegt auf der Hand. Abgesehen davon aber ist der Spaltung der Gewerkschaftsinternationale ein verfehltes Verfahren, das nur zur Schwächung der Arbeiterkraft beitragen kann. Wir verweisen hier auf den in der Beilage der heutigen Nummer veröffentlichten Artikel des Genossen D. J. „Amsterdam und Moskau“.

Daß in den Bedingungen nichts von einem Krieg mit der Entente steht, ist ein sehr schmerzhaftes Witz Sterns. Wir haben wiederholt nachgewiesen, daß die Politik der Russen und der deutschen Kommunisten darauf abzielt, das deutsche Proletariat in den Krieg gegen die Entente zu führen, daß die sogenannte Linke unserer Partei wenigstens in ihren hervorragenden Wortführern dieselbe wahnsinnige Katastrophepolitik empfiehlt, die zur Zeit Deutschland in den Abgrund der furchterlichsten Leiden stoßen und die Arbeiterklasse völlig ohnmächtig machen würde. Wenn die Moskauer Exekutive eine Taktik beschließt, die zum Kriege führen muß, so ist die Partei, die die Bedingungen angenommen hat, verpflichtet, diese Weisung unbedingt und selbst wider ihr besseres Wissen auszuführen.

Es wird nicht bloß Ausschluß aller derjenigen verlangt, die „nicht grundsätzlich auf dem Boden der Partei, auf dem Boden der radikalsten Diktatur“ stehen, wie Stern verschleiern sagt, sondern aller derer, aller Mitglieder und aller Parteitagdelegierten, die grundsätzlich die Moskauer Aufnahmebedingungen ablehnen. Daß die Scheinbare Einschränkung „grundsätzlich“ nur eine wertlose Fiktion ist, haben wir in dem Artikel „Die ehrlich revolutionären...“ in der Sonnabendnummer nachgewiesen.

Es ist nicht so ganz lächerlich zu sagen, die Partei müsse ins Joch der KPD., wenn sie die Bedingungen annimmt; denn die KPD. hat die Stütze der Aufnahmebedingungen für sich und sie wird sie, wie Dr. Levy bereits erklärt hat, viel härter auslegen, als die U.S.P.-Deutschen sich träumen lassen“.

Ein starkes Stück ist es, wenn Stern bestrittet, daß von uns nicht die Aufstellung des Großgrundbesitzes verlangt wird. Wir verweisen auf die vom 2. Kongreß der kommunistischen Internationale beschlossenen Thesen über die Agrarfrage, die wir dieser Tage veröffentlicht haben und die heute Genosse Marchionni im Leitartikel kritisch bespricht. Wir wissen, daß die Bolschewiki in Russland nicht anders konnten, machen ihnen deshalb auch keine Vorwürfe. Aber wir wehren uns gegen das Gebot, diese für Deutschland ganz unnutzige und sehr schädliche Maßregel gleichfalls anzuwenden. Höchst ist die Behauptung Sterns, daß in Russland die Sozialisierung des Grund und Bodens leicht nachgeholt werden könne, da dort alles Land laut Gesetz dem Staat gehört. Das sagt einer, der behauptet, Marziti zu sein und der deshalb wissen sollte, daß nicht papierne Gesetzesbestimmungen, sondern die sozialen Machtverhältnisse entscheiden! Jeder Einsichtige sieht ganz klar, daß auf lange hinaus die Untastung des bäuerlichen Besitzes das Ende der Sowjetrepublik bedeuten würde, daß das Privateigentum an Grund und Boden durch die Zerteilung des Großgrundbesitzes und seine Verteilung an die Bauern für lange Zeit gewaltig gestärkt worden ist.

Dem Schlußsatz stimmen wir zu: Die Wahl für oder gegen Moskaus Bedingungen kann für den denkenden Arbeiter nicht zweifelhaft sein.

Die Organisationen zum Moskauer Diktat.

Meuselwitz.

Die Ortsgruppe Meuselwitz der U. S. P. beschäftigte sich am Mittwoch mit den Moskauer Bedingungen. Genosse Fiebig er- Leipzig sprach gegen dieselben, Genosse Dr. Stern dafür. Nach langer Diskussion und nachdem schon eine Anzahl Genossen der Arbeitsverhältnisse halber die Versammlung verlassen mußten, wurden die Bedingungen mit 44 gegen 38 Stimmen abgelehnt.

Enthra-Bösdorf-Groß-Dalzig.

In der Versammlung des Ortsvereins dieser Orte am 25. September referierte Genosse Göye gegen, Genosse Stern für die Bedingungen. Angenommen wurde eine Resolution für die Bedingungen. 33 Mitglieder waren anwesend, fünf stimmten dagegen, die anderen außer einigen, die sich der Stimme enthielten, dafür.

Für die Bedingungen erklärten sich die Mehrheit der Mitgliederversammlung in Nürnberg (nach Referat Dümmigs und Korreferat Toni Senders), eine Mitgliederversammlung in Krefeld (nach Referat Stöckers und Korreferat Gutmanns gegen sechs Stimmen), außerdem wurde beschlossen, nur Parteitagdelegierte für die Bedingungen zu wählen! Also Entreehung der Minderheit, die Kreisconferenz Wies (mit 28 Stimmen gegen 2 Stimmen), der Ortsverein Gr.-Oldendorf und Osterwald (mit Dreiviertel-Mehrheit), die Kreisconferenz Soltan (mit Zweidrittel-Mehrheit), die Kreisconferenz Hildesheim.

„Zuverlässige Kommunisten.“

Man ist sehr streng in Moskau. Das zeigt wieder der letzte Funkpruch Lenins. Diese Strenge gilt aber nur im Westen. Im Osten ist man tolerant. Enver Pascha hielt auf dem Kongreß der Ostöster in Baku eine begeisterte Rede für die 3. Internationale und ist Befehlshaber bolschewistischer Truppen. Nun ist es begreiflich, daß die Sowjetregierung die antimperialistische